

UID Extra 25/1998

1998 - 2002

Wahl- plattform

Teil II



CDU CSU

Wahlplattform – Innenteil

**GESAMT
ANGEBOT**
2 / 1998

UID Extra
25 / 1998



Informations- und Werbemittel
der CDU Bundesgeschäftsstelle

Gesamtangebot – Innenteil

Wahlplattform

CDU und CSU räumen Aufbau Ost weiterhin Priorität ein. Seite 5
Gunnar Uldall: Viele blühende Felder in den neuen Bundesländern. Seite 6

Arbeitsplätze

Regierungssprecher Otto Hauser:

HEUTE AKTUELL

Positive Entwicklung am Arbeitsmarkt dauerhaft. Seite 10

PDS

Ottfried Hennig: Vor extremistischen Tendenzen muß frühzeitig gewarnt werden. Seite 14
Rudolf Wassermann: Zwei politische Kulturen? Seite 20

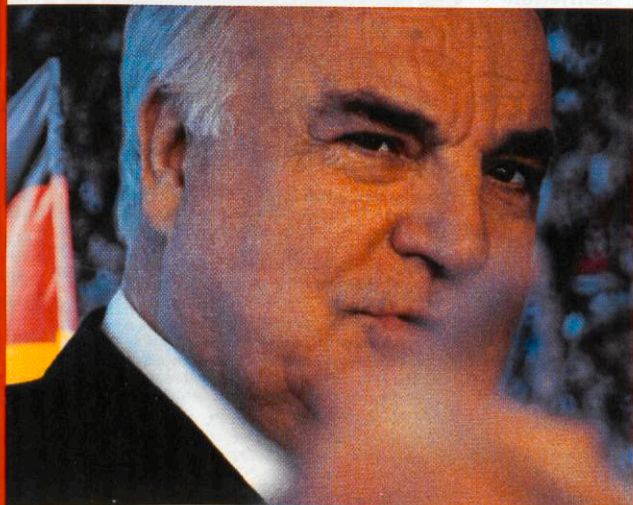
Kurz & bündig

ARGUMENTE: Wie PDS und SPD einander näherkommen. Seite 25

Argumentationshilfe

Für Ihre Argumentation im Wahlkampf. Zusammenstellung der wichtigsten Informationsmaterialien. Seite 27

Weltklasse für Deutschland



CDU

Kurz & gut

Immer besser

werden mittelfristig die Arbeitsmarktchancen für junge Chemiker. Aus allen Bereichen der Wirtschaft werden schon jetzt - so der Bundesarbeitsgeberverband Chemie (BAVC) - zunehmend freie Stellen gemeldet. Aufgrund gesunkener Erstsemesterzahlen werden im Jahr 2002 nur 1000 Hochschulabsolventen einer Nachfrage nach voraussichtlich 1.500 Chemikern zur Verfügung stehen.

Zufrieden

mit ihrem Einkommen ist nach einem Bundestagsbericht die Mehrheit der ostdeutschen Rentner. 53% halten ihre monatliche Rente ohne Einschränkung für ausreichend.

Mit 1,4 Prozent

ist die Inflationsrate in den elf Mitgliedstaaten der EURO-Zone weiterhin konstant. Nach Angaben von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, betrug sie auch vor einem Jahr nur 1,4 Prozent. Für die gesamte Europäische Union weist die Luxemburger Behörde 1,6 Prozent aus.

10.000 Schulen

werden, wie jetzt "Schulen ans Netz" mitgeteilt hat, bis Jahresende einen Anschluß ans Internet haben. Nach den Sommerferien sollen 1.500 vor allem denjenigen Schulen dazukommen, die bisher wenig Erfahrungen mit Computern hatten.

Elf Info-Blätter

über die ab 1. August offiziell gültigen neuen Ausbildungsberufe hat der Deutsche Industrie- und Handeltag (DIHT) veröffentlicht. Das Paket "Fit für die Zukunft" kostet elf Mark und kann beim DIHT, Abteilung Information, Adenauerallee 148, 53113 Bonn sowie bei den örtlichen Industrie- und Handelskammern bestellt werden.

Das Spiel ist erst nach dem Schlußpiff entschieden

Zur Wahlkampf-Tournee des Bundeskanzlers schreibt am 30. Juli der Amsterdamer "Telegraaf": "Der Politiker Kohl ist wie eine Katze mit sieben Leben.

Vor vier Jahren wurde er vor den Wahlen auch von Freund und Feind abgeschrieben. Jetzt, da die Arbeitslosigkeit sinkt und im gegnerischen Lager die

Uneinigkeit über Schröders designierten Wirtschaftsminister, den Computer-millionär Stollmann, zunimmt, wegen es immer weniger Beobachter, eine kla-

re Niederlage zu prophezeien. Kohls Ferien-ausflug nach Rügen hat dieses Gefühl möglicherweise bei vielen Touristen verstärkt. Die Zeit wird knapp

für den ewigen Kanzler. Mehr denn je hat er klargemacht, daß das Spiel erst nach dem Schlußpiff entschieden ist. Typisch deutsch übrigens."

DAS WICHTIGSTE NR. 25 DER WOCHE AUF EINER SEITE

Stollmann ist der Käse in der Mausefalle der SPD.

FDP-Ehrenvorsitzender Otto Graf Lambsdorff

Generalsekretär Peter Hintze: Weltklasse für Deutschland - nur mit der Union

Das ist ein hoher Anspruch. Mit weniger geben wir uns nicht zufrieden. Weltklasse bedeutet: Maßstäbe setzen sowie Wettbewerb und Leistung bejahen. Es heißt für uns: "das Beste für den Bürger geben" und ein "verlässlicher Partner der Welt sein". Wir wollen Deutschlands Platz unter den führenden Nationen sichern. Das bedeutet konkret:

- 1 eine starke dynamische Wirtschaft, die Arbeitsplätze schafft und eine stabilisierende Funktion für die Weltwirtschaft erfüllt. Wir wollen den deutschen Unternehmen die Rahmenbedingungen bieten, damit sie Spitzenleistungen erbringen können.
- 2 an der Spitze stehen von Forschung und Innovation. So wie "Made in Germany" soll "Entwickelt in Deutschland" zu einem Markenzeichen werden.
- 3 die beste Ausbildung für die Jugend: die besten Schulen, Universitäten und die beste berufliche Bildung.
- 4 eine Vorbildwirkung bei der Preisstabilität. Die DM ist heute eine harte Währung. Wir werden dafür sorgen, daß auch der EURO eine feste und stabile Währung wird.
- 5 das leistungsfähigste Sozialsystem der Welt, das die Menschen für die Wechselfälle des Lebens

sichert und die Schwachen schützt. Sozialer Frieden setzt "Weltklasse in der Wirtschaft" voraus.

- 6 Maßstäbe setzen bei der Kriminalitätsbekämpfung. Nur wer sich sicher und wohl fühlt, bringt auch Spitzenleistung.
- 7 ein Vorbild an Verlässlichkeit für unsere Partner in Europa und der Welt. Das bedeutet: in der NATO und bei den Vereinten Nationen mehr Verantwortung übernehmen.
- 8 ein stabiles politisches System. Dazu gehört eine klare Abgrenzung gegenüber Radikalen von links und rechts.
- 9 Reformfähigkeit und Wettbewerb als gestalterisches Prinzip. Was heute Spitzenleistung ist, ist morgen bestenfalls noch Standard. Ohne ständige Bereitschaft zu Veränderungen ist Weltklasse nicht möglich.

Das bedeutet vor allem:

einen Bundeskanzler der Weltklasse. Mit Helmut Kohl verfügen wir über einen herausragenden Staatsmann. Er ist der Kanzler der Deutschen Einheit, der Kanzler der Europäischen Einigung und der Kanzler der Zukunftsreformen.

100.000 Arbeitsplätze

sichert nach Angaben von Carl-Dieter Spranger die von Deutschland geleistete Entwicklungshilfe. Allein an ostdeutsche Firmen sind aus der Entwicklungszusammenarbeit seit 1991 Aufträge in Höhe von rund 2,5 Milliar-

den Mark gegangen. Von den Mitteln für Investitionsförderung - seit 1991 rund 20 Milliarden Mark - kommen bis zu 85 Prozent an deutsche Firmen zurück, so der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Hermes-Sicherheit

Mehr als 300.000 gesicherte Arbeitsplätze und ein gesichertes Exportvolumen von 36,8 Milliarden DM (1996: 35,4 Mrd.) stehen hinter den rund 32.000 (1996: 31.000) Deckungsanträgen, über die im vergangenen Jahr das Bun-

deswirtschaftsministerium im Zuge sog. Hermes-Ausführungsgewährleistungen entschieden hat. Das kassenmäßige Defizit von Hermes ging 1997 gegenüber dem Vorjahr um 32,7% auf auf 583,2 Mio. DM zurück.

„Weltklasse für Deutschland“

Zum Kanzlerwahlkampf und dessen zentralen Slogan erklärte auf einer Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus am 31. Juli Generalsekretär Peter Hintze:

Wir laden die Wählerinnen und Wähler in Deutschland zu einem Kompetenz- und Glaubwürdigkeitsvergleich ein. Sie sollen sich jedes politische Thema vornehmen und dann die beiden Konkurrenten miteinander vergleichen:

- Was haben sie in der zu Ende gehenden Legislaturperiode geleistet?
- Wie sieht das aus, was sie in der nächsten Wahlperiode vorhaben?

„Weltklasse für Deutschland“ –

das ist nicht nur der Slogan unseres Kanzlerwahlkampfes, sondern auch der Maßstab, den die Wählerinnen und Wähler ihrer Wahlentscheidung am 27. September zugrunde legen müssen.

Deutschland steht in der Weltliga:

- politisch,
- wirtschaftlich,
- technologisch.

Darauf können wir stolz sein. Darauf können wir uns aber nicht ausruhen. Der Klassenerhalt muß immer wieder neu erkämpft werden. Auch in der Weltliga gibt es Aufsteiger und Abstiegsandidaten.

60,5 Millionen Wähler müssen am 27. September aufpassen, daß Deutschland nicht in die Zweitklassigkeit absinkt. Sie werden darüber entscheiden, ob unser Land auch weiter in der Weltspitze mitspielt.

In der Weltspitze weiter mitspielen wollen – das ist sicher ein hoher Anspruch. Aber mit weniger dürfen wir uns nicht zufriedenen geben.

Der Prozeß der Globalisierung geht an Deutschland nicht vorbei: Politisches und wirtschaftliches Handeln findet längst nicht mehr innerhalb enger staatlicher und selbst kontinentaler Grenzen statt. Gegenseitige Abhängigkeiten sind weltweit geworden.

Da kommt es entscheidend darauf an, wer in diesem Prozeß Deutschland regiert und die Interessen unseres Landes vertritt.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat gezeigt und unter Beweis gestellt:

- Er ist der Kanzler der Deutschen Einheit.
- Er ist der Kanzler der Europäischen Einigung.

Helmut Kohl ist auch der Kanzler der Reformen, die unsere Zukunft und den Klassenerhalt Deutschlands in der Weltliga sichern werden.

Mit Helmut Kohl die Zukunft sichern – das bedeutet ganz konkret im einzelnen:

- eine starke dynamische Wirtschaft, die Arbeitsplätze schafft und eine stabilisierende Funktion für die Weltwirtschaft erfüllt.
- an der Spitze stehen von Forschung und Innovation.
- die beste Ausbildung für die Jugend: die besten Schulen, Universitäten und die beste berufliche Bildung.
- eine Vorbildwirkung bei der Preisstabilität. Die DM ist heute eine harte Währung. Wir werden dafür sorgen, daß auch der Euro eine feste und stabile Währung wird.

Zentrale Wahlkampf-Auftakt- Veranstaltung in Dortmund

Mit einer Großveranstaltung in Dortmund eröffnen wir unseren diesjährigen Bundestagswahlkampf.

An der Wahlkampf-Auftakt-Veranstaltung nehmen Spitzenpolitiker der CDU teil.

Wahlkampf-Auftakt '98
Westfalenhalle
Dortmund
Sonntag, 23. August
1998

Programm-Ablauf:

10.30 Uhr:
Einlaß in die Westfalenhalle
11.00 Uhr:
Musikalisches Vorprogramm
13.00 Uhr:
Großkundgebung mit

Wahlkampf - Auftakt '98

Westfalenhalle Dortmund

Sonntag, 23. August 1998

Bundeskanzler Helmut Kohl
Wolfgang Schäuble
Bundesminister Theo Waigel
Generalsekretär Peter Hintze
Ministerpräsident Kurt Biedenkopf
Bundesministerin Angela Merkel
Bundesminister Norbert Blüm

ca. 16.30 Uhr:
Ende der Kundgebung

- das leistungsfähigste Sozialsystem der Welt, das die Menschen für die Wechselfälle des Lebens sichert und die Schwachen schützt.
- Maßstäbe setzen bei der Kriminalitätsbekämpfung.
- ein Vorbild an Verlässlichkeit für unsere Partner in Europa und der Welt.
- ein stabiles politisches System. Dazu gehört eine klare Abgrenzung gegenüber Radikalen von links und rechts.
- Reformfähigkeit und Wettbewerb als gestalterisches Prinzip. Was heute Spitzenleistung ist, wäre ohne die Bereitschaft zu Veränderungen morgen bestenfalls nur noch Standard.

Personalien

Der bisherige Hauptgeschäftsführer der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, **Jürgen Radloff**, ist aus Gesundheitsgründen in den vorzeitigen Ruhestand getreten. Zum kommissarischen Hauptgeschäftsführer ernannte der Geschäftsführende Bundesvorstand **Ulrich Hettinger**, der auch die Funktion des gesellschaftspolitischen Referenten innehat. Zum kommissarischen, stellvertretenden Hauptgeschäftsführer wurde der CDA-Pressesprecher **Uwe Schummer** ernannt.

CDU und CSU räumen Aufbau Ost weiterhin Priorität ein

Der Aufbau Ostdeutschlands „ist eine Aufgabe von nationaler Bedeutung“, sagte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, am 3. August in Schwerin bei der Vorstellung des zweiten Teils der gemeinsamen Wahlplattform von CDU und CSU für die Bundestagswahl am 27. September.

Zu dieser Aussage stünden CDU und CSU nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch in den alten Bundesländern, betonte Schäuble.

In dem Papier ziehen die beiden Unionsparteien eine positive Bilanz des achtjährigen Aufbaus in den neuen Ländern. CDU und CSU seien die einzig verlässliche Kraft in Deutschland, die daran festhalte, daß der Aufbau Ost Priorität behalten muß, bis die strukturellen Unterschiede überwunden seien, sagte Schäuble.

Außerdem stellte die Union ihre sozialpolitischen Leitsätze vor. Demnach sollen die Familien weiterhin gestärkt werden. Das gelte vor allem für Kinder- und Erziehungsgeld, heißt es in dem Papier.

● Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit soll durch ein bedarfsge-

rechtes Angebot zur Tagesbetreuung gefördert werden.

● Alleinerziehenden soll besonders geholfen werden.

● Die Ehe bleibe die beste Grundlage für die gemeinsame Verantwortung von Mutter und Vater in der Erziehung der Kinder.

Sozialstaat umbauen

Um die Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme zu erhalten, werde der Sozialstaat weiter umgebaut. Nach der Rentenreform 1999 sei der nächste Schritt die Reform der Hinterbliebenenrente. Daneben werden CDU und CSU für eine weitere Stärkung der zentralen Rolle der Familie für den Generationenvertrag eintreten.

Wer nach 45 Beitragsjahren in Rente geht, soll keine Abschläge hinnehmen müssen. Die Union kündigt auch eine Reform der bisher sozialbeitragsfreien 620/520-Mark-Jobs an. Sie will sie jedoch nicht völlig abschaffen.

„Die Zukunft der Gesellschaft – (k)eine alltägliche Aufgabe?!“

Zu diesem Thema veranstaltet der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU am Montag, den 17. August von 16–20 Uhr im Wissenschaftszentrum, Ahrstr. 45, Bonn, ein Diskussionsforum.

Bundeslandwirtschaftsminister und

Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, **Jochen Borchert**, eröffnet die Veranstaltung.

Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, spricht zum Thema „Was ist Zukunft?“

Viele blühende Felder in den neuen Bundesländern

Zur Vorstellung der Wahlplattform von CDU und CSU zum Aufbau Ost erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Udall:

Die Menschen in den neuen Bundesländern können stolz sein auf die Erfolge beim wirtschaftlichen Neuaufbau, der zu Recht auf der ganzen Welt bewundert wird. Die Wahlplattform von CDU und CSU zeichnet ein realistisches Bild der aktuellen Lage:

Der Strukturwandel ist geschafft, die Infrastruktur weitgehend modernisiert oder neu geschaffen, und der großen Mehrheit der Menschen, die die Wende als Chance begriffen haben, geht es heute deutlich besser als vor 10 Jahren.

Von 1989 bis 1997 wurden in der ostdeutschen Wirtschaft 1.170 Mill. DM investiert. Auch wenn die Landschaften noch nicht flächendeckend blühen, gibt es doch inzwischen viele blühende Felder. Beispiele sind das Chemiedreieck, die Werften an der Ostsee, die Automobilwerke in Sachsen und Thüringen, die boomende Mikroelektronik in Dresden. Viele Unternehmen in diesen Regionen zählen zur Weltspitze.

Automobilwirtschaft: Die Automobilwerke von VW bei Zwickau und von Opel in Eisenach sind Spitze in der Welt, sie sind um 30% produktiver als vergleichbare Werke in Europa. Vor der Wende bauten 10.000 Arbeitnehmer pro Jahr 60.000 Wartburg; heute bauen 2.000 Arbeitnehmer 160.000 Opel und gehören damit zur Weltspitze. Die gleiche positive Entwicklung kennzeichnet auch die Zuliefererindustrie.

Werften: Die Produktivität der seit 1990 vollständig erneuerten Werften in Mecklenburg-Vorpommern hat heute mit rund 19,5 Fertigungsstunden/CGT einen europäischen Spitzenwert erreicht. Allein seit 1995 ist die Produktivität um 40% gesteigert worden.

Mineralölindustrie: Die kürzlich in Betrieb genommene Raffinerie des französischen Unternehmens ELF in Leuna ist die modernste Anlage in Europa. Weniger als 10% der 1989 in 3 Kombinat-Beschäftigten erzeugen heute die gleiche Menge an Mineralölprodukten wie 1989. Rund 20 Mio. Tonnen werden für den deutschen und europäischen Markt hergestellt, ein gewaltiger Produktivitätssprung.

Eindrucksvolle Beispiele

Die Beispiele unterstreichen die Leistungsfähigkeit in den neuen Ländern. Die Rahmenbedingungen der Wirtschaftsförderung durch die Bundesregierung, die bis zum Jahre 2004 in überarbeiteter Form verlängert wurden, sind richtig. Eine wirtschaftsorientierte Verwaltung, kooperative Arbeitnehmervertretungen, engagierte Arbeitnehmer und verantwortungsbewusste Unternehmer sind eine wesentliche Voraussetzung für die bisherigen Erfolge. Die Chancen für eine dauerhafte Trendwende auf dem Arbeitsmarkt auch in den neuen Ländern sind gut.

Wir müssen den Stimmen in der SPD und der PDS, die Stimmung gegen den Westen und die Marktwirtschaft schüren, offensiv entgegentreten. Die Erfolge gerade beim wirtschaftlichen Aufbau geben uns dabei Recht.

Unseren klaren finanzpolitischen Vorstellungen hat die SPD nichts entgegenzusetzen

Anlässlich der Vorstellung des Grundsatzpapiers „Symmetrische Finanzpolitik 2010“ durch den Bundesfinanzminister Theo Waigel erklärte die finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gerda Hasselfeldt:

Die Grundsatzaussagen des Bundesfinanzministers zur Finanzpolitik bis 2010 belegen auf eindrucksvolle Weise, welch umfangreiches und wohlausgewogenes Konzept für die nächste Legislaturperiode bei den Unionsparteien schon auf dem Tisch liegt:

- Höchste Priorität für die stufenweise Verwirklichung der Steuerreform nach dem Petersberger Konzept der Koalition ab 1. 1. 1999 unter Berücksichtigung einer Nettoentlastung in Höhe von insgesamt 30 Mrd. DM, verteilt auf die Stufen:

- mehr Selbständigkeit und klare Verantwortung für Aufgaben, Finanzierung und Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern bzw. den Ländern untereinander,

- Neuordnung des europäischen Finanzrahmens unter Berücksichtigung einer kla-

ren regionalen, nationalen und europäischen Aufgabenteilung sowie fairen Beitragsregelungen unter deutscher EU-Präsidentschaft Anfang 1999,

- Stabilisierung der internationalen Finanzbeziehungen und des internationalen Währungssystems unter deutscher Führung der G7/G8.

Eine frühzeitige Umsetzung der Steuerreform ist das richtige Signal für Bürger und Unternehmer, denn sie gibt Planungssicherheit und schafft Freiräume für Investitionen und Arbeitsplätze. Durch Finanzreformen kann der Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch die europäische Weiterentwicklung neue Attraktivität und Akzeptanz gewinnen.

Demgegenüber kommen im finanzpolitischen Bereich wenig klare Aussagen aus der Opposition. Es darf deshalb nicht hingenommen werden, daß der Kanzlerkandidat nur Allgemeinplätze zu finanzpolitischen Themen abgibt. ■

Als unbeugsamer Kämpfer

für Steuersenkungen und eine zweckmäßige Aufgaben- und Einnahmenverteilung zwischen den öffentlichen Haushalten zieht Bundesfinanzminister Waigel in die letzte Etappe des Wahlkampfes. Vor allem mit seiner Zusicherung, die am Widerstand der SPD gescheiterte Reform der Einkommen- und Körperschaftsteuer sofort nach einem Wahlsieg von CDU/CSU wieder auf

den Weg zu bringen, wird er bei der Mehrheit der Deutschen große Sympathie auslösen.

Dies auch bei jenen, die ihm zu Recht vorgeworfen haben, diese Reform viel zu spät eingeleitet zu haben. Hoffentlich kann man ihn bald beim Wort nehmen.

Wieder einmal dürfen Unternehmen und Haushalte jedenfalls von einer spürbaren Entlastung träumen.

Rheinische Post

Zu einer erfolgreichen Politik gehört mehr als das Klopfen flotter Sprüche

Der wirtschaftspolitische Sprecher des Bundesvorstands, Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann, zu den politischen Vorstellungen des designierten SPD-Wirtschaftsministers Stollmann:

Der designierte SPD-Wirtschaftsminister Jost Stollmann hat sich aus dem Urlaub zurückgemeldet und macht weiter, wie er begonnen hat: mit Vorschlägen, die entweder unausgereift, in sich widersprüchlich oder mit dem Wahlprogramm der SPD nicht vereinbar sind. Jedenfalls zeichnet sich auch einige Wochen nach seiner Benennung durch den SPD-Kanzlerkandidaten keine konsequente wirtschaftspolitische Linie ab, auf die sich Bürger und Unternehmen unseres Landes einstellen könnten.

Vor allem irritiert der schnelle Meinungswechsel, den Herr Stollmann regelmäßig vollzieht:

- Erst vor wenigen Tagen mußte er nach heftigem Widerspruch von allen Seiten, besonders auch aus den Reihen der SPD und der Gewerkschaften, seine vorschnellen Äußerungen zur Sinnhaftigkeit von Subventionen wieder zurücknehmen.
- Bekannt gemacht hat sich Herr Stollmann in seinen ersten Tagen als SPD-Anwärter auf das Wirtschaftsressort durch seine forschenden Äußerungen zu Betriebsräten. Er hielt sie damals für überflüssig. Während seines Urlaubs scheint er sich nun eines anderen besonnen zu haben und spricht sich nun deutlich für Betriebsräte aus.
- Auch wenn Herr Stollmann fordert, das Steuersystem müsse völlig umgekrempelt

werden, äußert er – offenbar unabgestimmt – seine persönliche Meinung. Im SPD-Wahlprogramm ist davon jedenfalls nichts zu lesen. Er will „weg von direkten hin zu indirekten Steuern“, womit gerade Arbeitnehmerhaushalte mit Kindern überdurchschnittlich belastet würden. Wie üblich drückt Herr Stollmann sich auch bei diesem Thema konturlos aus, und niemand weiß, was er eigentlich inhaltlich meint. Man darf gespannt sein, wann er auch hier die Kehrtwende vollzieht.

Mit Stollmann hat sich der SPD-Kanzlerkandidat einen Laienspieler in sein Team geholt.

Fest steht jedenfalls: Seine Forderung nach einer radikalen Vereinfachung des Steuersystems ist mit dem Steuererhöhungsprogramm von Rot-Grün nicht vereinbar, die ja allein acht neue Steuern einführen wollen – nationale Energiesteuer, Kerosinsteuer, Devisensteuer, Vermögensteuer, Schwerkverkehrsabgabe, Lastenausgleichsabgabe, Ausbildungsabgabe und Mindeststeuer – und die Mineralölsteuer erhöhen wollen.

- Auch mit seinen Vorstellungen über die künftige Finanzierung der Renten stellt sich Herr Stollmann in Widerspruch zu der Partei, für die er künftig Wirtschaftspolitik betreiben soll. Während für SPD und auch Gewerkschaften an einer beitrags- und leistungsbezogenen Rente kein Weg vorbeigeht, stellt sich ihr künftiger

Deutscher Kulturrat würdigt die CDU-Kulturpolitik

Der Deutsche Kulturrat, Spitzenverband von über 200 Bundesverbänden aus der Kultur- und Medienszene, hat sich mit großem Lob und hoher Anerkennung zur CDU-Kulturpolitik geäußert.

Aus Anlaß der für die nächste Woche geplanten Veröffentlichung der Wahlprüfsteine des Kulturrates in Form einer umfangreichen Dokumentation nahm der Geschäftsführer des Kulturrates, Olaf Zimmermann, bereits jetzt zu den kulturpolitischen Plänen der im Bundestag vertretenen Parteien Stellung.

Zimmermann bezeichnete die Antwort der CDU auf die Wahlprüfsteine seines Verbandes als ein „exzellentes“ Papier. Die CDU zeige, daß sie über hervorragende Kenntnisse in der gesamten Kulturlandschaft verfüge. Keine andere

Partei kenne sich in diesem Bereich so gut aus, meinte der Geschäftsführer des Kulturrates weiter. Bemerkenswert an der CDU-Kulturpolitik sei weiterhin, daß sie neben der Forderung nach einer besseren Partizipation von Frauen im Kultur- und Medienbereich eine Vision zur Vermittlung einer breit angelegten Medienkompetenz entwickle, um eine Spaltung der Gesellschaft in Informationsreiche und Informationsarme zu verhindern.

Der kulturpolitische Entwurf der SPD fiel dagegen in den Augen von Zimmermann knapp und lustlos aus. Den Sozialdemokraten sei es scheinbar nicht gelungen, Visionen auf dem Gebiet der Kultur zu entwerfen. Nach 16 langen Oppositionsjahren sei dies für den Politikansatz der SPD besonders enttäuschend.

Protagonist in Sachen Wirtschaft „individuelle Lösungen“ vor, was auch immer dies heißen mag.

Schon in diesen wenigen Beispielen zeigt sich die ganze wirtschaftspolitische Substanzlosigkeit des SPD-Kandidaten für das Amt des Wirtschaftsministers. Man muß fragen dürfen, ob wir uns angesichts der großen wirtschaftspolitischen Herausforderungen, die an der Schwelle zum 21. Jahrhundert vor uns liegen, einen Wirtschaftsminister leisten können, der seine Vorstellungen innerhalb kürzester Zeit wieder revidieren muß. Zu einer erfolgreichen Politik gehört nicht das Klopfen flotter Sprüche, sondern das Bohren dicker Bretter.

Daß Herr Stollmann um Vertrauensvorschuß wirbt, zeigt, daß er sich seiner Äußerungen wohl selbst nicht sicher ist. Mit ihm hat sich der SPD-Kanzlerkandidat offenbar einen Laienspieler in sein Team geholt.

Fatal für Deutschland wäre ein Wirtschaftsminister ohne erkennbare Linie vor allem auch auf internationalem Parkett. Man stelle sich nur einen Wirtschaftsminister Stollmann vor, der einen EU-Ministerrat leiten soll, ohne selbst eine klare Konzeption zu haben! Unsere Nachbarn würden es sich bei aller Freundschaft kaum nehmen lassen, ihre Interessen dann auch auf Kosten Deutschlands durchzusetzen.

Regierungssprecher Otto Hauser:

Positive Entwicklung am Arbeitsmarkt dauerhaft

Es gehört inzwischen schon zum Ritual, daß unmittelbar vor Bekanntgabe der Arbeitsmarktzahlen von interessierter Seite Zahlen in die Welt gesetzt werden, mit denen die Erfolge auf dem Arbeitsmarkt in Zweifel gezogen werden sollen.

Tatsache ist, daß in der Bundesanstalt für Arbeit (BA) bisher noch nicht einmal vorläufige Zahlen für den Juli 1998 vorliegen. Dies hat die BA auch klargestellt. Alle Zahlen, die jetzt verbreitet werden, haben nur den einzigen Zweck, die Trendwende am Arbeitsmarkt kaputtzureden.

In jedem Jahr steigt im Juli die Arbeitslosigkeit aus saisonbedingten Gründen an. Die Hauptferienzeit, der Abschluß der Berufsausbildung sowie das Quartalsende am 30. Juni sind die Ursachen hierfür. Von 1991 bis 1997 lag der Anstieg von Juni auf Juli im Durchschnitt bei 176.000, im letzten Jahr bei 132.000. Dies wird der Maßstab sein, um die Entwicklung der Arbeitslosigkeit beurteilen zu können.

Alles spricht dafür, daß die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt dauerhaft ist. Während im Januar 1998 die Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland noch rd. 165.000

über den Vorjahresmonat lag, ist sie im Mai erstmals um rd. 58.000 unter das Vorjahresniveau gesunken. Im Juni lag die Arbeitslosenzahl bereits 147.000 unter dem Vorjahresmonat. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß sich im Juli dieser Trend fortsetzt.

Damit läge die Arbeitslosenzahl im 3. Monat in ganz Deutschland unter dem Vorjahresniveau, was auch nach Ansicht der Bundesanstalt für Arbeit ein eindeutiges

Eindeutige Anzeichen für eine Trendwende

Anzeichen für eine Trendwende ist. Im Westen liegen die Arbeitslosenzahlen bereits seit Januar unter den Vorjahresmonat, und auch im Osten ist damit zu rechnen, daß sich die Trendwende stabilisiert und die Arbeitslosenzahlen im Juli – wie schon im Vormonat – unter dem Vorjahreswert liegen werden.

Auch die Zahl der offenen Stellen zeigt die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt. So waren im Juni 1998 mit 483.393 offenen Stellen 116.496 mehr als im Vor-

Die Veränderungen von Juni zu Juli in den Jahren 1991 – 1998

Jahr	Deutschland	Ost	West
1991	+ 327.000	+ 226.000	+ 101.000
1992	+ 178.000	+ 65.000	+ 113.000
1993	+ 227.000	+ 67.000	+ 160.000
1994	+ 111.000	+ 19.000	+ 92.000
1995	+ 133.000	+ 38.000	+ 95.000
1996	+ 127.000	+ 28.000	+ 99.000
1997	+ 132.000	+ 50.000	+ 82.000
Durchschnitt	+ 176.000		

Veränderungen Arbeitslose 1998 zum Vorjahresmonat

Monat	Bestand in		Veränderung zum Vorjahr	
	Deutschland	Deutschland	West	Ost
Januar	4.823	+ 164.917	- 13.476	+ 178.393
Februar	4.819	+ 147.483	- 26.431	+ 173.914
März	4.623	+ 146.187	- 35.683	+ 181.870
April	4.421	+ 73.885	- 63.145	+ 137.030
Mai	4.197	- 58.329	- 118.825	+ 60.496
Juni	4.075	- 147.377	- 134.266	- 13.111

jahresmonat gemeldet. Dies ist jedoch nur ein kleiner Ausschnitt. Da nur rd. 40 Prozent aller offenen Stellen den Arbeitsämtern gemeldet werden, kann man von rd.

1,2 Millionen offenen Stellen ausgehen. Selbst bei einem Anstieg um 100.000 wäre der Zuwachs weitaus geringer als saisonüblich und der geringste seit 1991.

Größere Beschäftigungschancen durch niedrigere Einstiegsgehälter

Zur Kritik von Walter Riester an Kombi-Löhnen erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher des Bundesvorstands, Bundesminister Matthias Wissmann:

Die Kritik von Riester an Kombi-Löhnen ist nicht nachvollziehbar. Offenbar hat Riester die Menschen, die den Anschluß an den Arbeitsmarkt verloren haben, bereits abgeschrieben. Angesichts der Trendwende auf dem Arbeitsmarkt müssen jetzt weiter alle Register gezogen werden, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Der Arbeitsmarkt der Zukunft darf nicht nur „high-tech“-Humankapital à la Stollmann Perspektiven eröffnen, sondern muß auch Geringqualifizierten oder schwer vermittelbaren Arbeitslosen wieder Chancen der Wiedereingliederung in das Arbeitsleben eröffnen. Daher müssen wir auch stärkere Anreize schaffen, damit mehr Beschäftigte von

subventionierten Arbeitsplätzen auf wettbewerbsfähige Arbeitsplätze wechseln. Die Aufnahme bezahlter Arbeit muß sich lohnen, nicht zuletzt für Empfänger von Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe. Kombi-Lohn-Modelle sind dafür ein richtiger wirtschafts- und sozialpolitischer Ansatz.

Bei der Höhe der „Einstiegsgehälter“ müssen auch die Tarifparteien umdenken. Niedrigere Einstiegsgehälter sind nicht unsozial, im Gegenteil: Sie geben denen eine Chance zur Beschäftigung, die bei gegebenem Lohnniveau keine Arbeit finden. Mit unserer großen Steuerreform, die den Eingangsteuersatz von 25,9 % auf 15 % senkt, wollen wir geringer bezahlte, einfache Tätigkeiten generell attraktiver machen. Gerade im Dienstleistungsbereich könnten so für weniger qualifizierte mittelfristig Hunderttausende neuer Arbeitsplätze entstehen.

Der Tanz von Walter Riester auf zwei Hochzeiten ist peinlich

Der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Vogt, erklärte zum zwielichtigen Verhalten des SPD-Schatenarbeitsministers und 2. Vorsitzenden der IG Metall, Walter Riester:

Von Tag zu Tag wird es für den IG Metalller Walter Riester peinlicher. Der Tanz auf zwei Hochzeiten gerät ihm zum zwielichtigen Trauerspiel.

Jost Stollmann, der Schattenwirtschaftsminister, wildert ungehemmt mit Vorschlägen, die jedem Gewerkschafter die Zornesröte ins Gesicht treiben muß, in dem politischen Revier, für das der Schattenarbeitsminister zuständig ist. Die Latte dieser – wenigstens für Gewerkschaftsohren – wahnwitzigen Vorschläge ist beliebig.

Aber statt gegenzuhalten, verleugnet sich der IG Metalller, verbiegt sich und deckt Jost Stollmann. Forderungen der Gewerkschaften, die Walter Riester selbst maßgeblich mitformuliert hat, hat er offensichtlich abgehakt. Aus Walter Riester spricht nicht mehr der Gewerkschafter. Äußerlich ist er zwar weiter der 2. Vorsitzende der IG Metall, innerlich aber hat der Gewerkschafter schon längst abgedankt.

Besonders peinlich und zwielichtig ist das Herumeiern von Walter Riester in Sachen Mitbestimmung.

Jost Stollmann hat wiederholt keinen Hehl daraus gemacht, daß er mit der Betriebsverfassung nichts am Hut hat. Demgegenüber hat Walter Riester noch vor kurzem, nämlich am 26. Juni 1998 betont, daß die betriebliche Mitbestimmung ausschließlich im Betriebsverfassungsgesetz ihren Ausdruck finden darf, und gefordert, die Rechte der Betriebsräte durch Gesetz erheblich zu stärken.

Diese Position ist meilenweit entfernt von der des Schattenwirtschaftsministers. Aber das hindert Walter Riester nicht, Jost Stollmann frei nach dem Motto „Was stört mich mein dummes Geschwätz von gestern“ zu decken und zu erklären, es gebe zwischen ihnen keinen Dissens.

Der Fall Jost Stollmann ist für die Gewerkschaften auch zum Fall Walter Riester geworden. Er belastet die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften, die das ganze Politik-Theater finanziell unterstützen, insgesamt. Nur durch eine „Amtspause“ kann Walter Riester den Gewerkschaften noch den Rest an Glaubwürdigkeit retten, den sie künftig bitter nötig haben werden, um die Interessen der Arbeitnehmer wirksam vertreten zu können. Später kann er dann an seinen angestammten Arbeitsplatz zurückkehren.

Ein Drittel der Fläche Deutschlands ist Ackerland

Das ergab die Bodennutzungserhebung des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden vom Mai dieses Jahres. Insgesamt werden 11,8 Millionen Hektar Boden landwirtschaftlich genutzt. Im Westen beträgt der Anteil der Ackerfläche knapp 30 Prozent, in Ostdeutschland rund 41 Prozent. Knapp 60 Prozent der Felder (7,0 Millionen Hektar) werden den Angaben zufolge mit Getreide bestellt. Auf rund 10 Prozent (1,15 Millionen Hektar) wachsen Ölfrüchte.

Peter Hintze: Lebenslänglich muß tatsächlich lebenslänglich sein

Zur Forderung der Grünen, die Lebenslänglich-Bestrafung für Mörder abzuschaffen, erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Die Forderung der Grünen, die lebenslange Freiheitsstrafe für Mörder in eine Zeitstrafe umzuwandeln, ist empörend. Die Bevölkerung hat ein Anrecht darauf, vor gefährlichen Mördern geschützt zu werden. Die schlimmsten Sexualmorde an Kindern haben gezeigt, daß die Wiederholungsgefahr rigoros ausgeschlossen werden muß.

Für gefährliche Täter muß deshalb in Zukunft lebenslänglich wieder lebenslänglich bedeuten. Wenn die Grünen davon sprechen, eine lebenslängliche Freiheitsstrafe sei menschenunwürdig, dann halte ich ihnen entgegen, daß derjenige, der einem anderen Menschen sein ganzes Leben nimmt, eine Einschränkung seiner eigenen Freiheitsrechte hinnehmen muß. Der Schutz der Bevölkerung hat absoluten Vorrang vor grünen Therapie-Experimenten.

Die Grünen haben sich programmiert:

- Ausstieg aus der Nato in 8 Jahren
- Ausstieg aus der Kernenergie in 4 Jahren
- Ausstieg aus der Formel 1 in 2 Jahren
- Ausstieg aus dem Bundestag in 8 Wochen

Andreas Schmidt: Drogenpolitischer Irrkurs

Die Forderung der Grünen nach Freigabe sog. weicher Drogen wie Haschisch oder Cannabis ist gefährlich und verharmlost die wahren Gefahren dieser Drogen.

Haschischkonsum ist eindeutig gesundheitsschädlich. Die negativen Auswirkungen von Haschisch-Langzeitkonsum sind allgemein bekannt: bronchitische Beschwerden, Verengung der Luftwege, Erhöhung des Krebsrisikos im Lungen- und Hals-Nasen-Rachenraum, Steigerung des Infarkttrisikos, Hirnschädigungen und andere Schäden am Zentralen Nervensystem, Beeinträchtigung des Kurz-

zeitgedächtnisses, Abbau der Konzentrations- und Leistungsfähigkeit und Psychosen treten auf.

Die Gefahr der kulturellen Verankerung einer weiteren legalen Droge ist schon durch die Verharmlosung und die ständigen Anträge der Grünen auf Freigabe gegeben. Angesichts der erheblichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Gefahren ist es fahrlässig, die Freigabe weicher Drogen zu fordern. Ein weiteres Beispiel dafür, daß man den Grünen in unserem Lande keine politische Verantwortung überlassen darf.

Vor extremistischen Tendenzen muß frühzeitig gewarnt werden

KAS-Generalsekretär Ottfried Hennig anlässlich der Vorstellung der neuen PDS-Studie „Das Prinzip Gegenmacht. PDS und Parlamentarismus“:

Zum Grundkonsens der Demokraten in Deutschland gehört, den Radikalismus und Extremismus sowohl von rechts als auch von links politisch entschieden zu bekämpfen.

Extreme Parteien – wie die PDS – versuchen, diesen Konsens der Demokraten zu sprengen. Um dieser Gefahr entgegenzutreten, ist ein entschlossenes Vorgehen gegen die Gegner der Demokratie unerlässlich. Dazu gehört auch die systematische Information über radikale und extreme Parteien durch wissenschaftliche Programm- und Ideologiestudien. Die Konrad-Adenauer-Stiftung leistet dazu wichtige Beiträge.

Erst kürzlich haben wir eine Interne Studie zum parlamentarischen Verhalten der DVU erstellt. Auch mit der PDS beschäftigen wir uns nicht das erste Mal. Zuletzt hat die Konrad-Adenauer-Stiftung 1995 – schon damals unter Mitwirkung unseres Autors Jürgen P. Lang – eine fundierte partei- und wählersoziologische Analyse der PDS vorgelegt. Auch künftig versteht sich die Stiftung im Rahmen ihres politischen Bildungsauftrages als Frühwarnsystem gegenüber extremistischen Tendenzen.

Die neue PDS-Studie hat durch die jüngsten Äußerungen des SPD-Bundesgeschäftsführers eine besondere Aktualität. Politikwissenschaftler sprechen schon lange von einer „Erosion der Abgrenzung“ gegenüber der PDS. Mit der Ankündigung Münteferings, die ostdeutschen SPD-Landesverbände hätten künftig freie Hand im

Umgang mit der PDS, ist nun auch partei-offiziell das Feld freigegeben.

Der Damm bricht

Was eine Zusammenarbeit demokratischer Parteien mit der PDS in Landesparlamenten bedeutet, sollte nach der Lektüre dieser Studie jedem klar sein. Manchmal beschleicht mich der Eindruck, politische Bildung ist nicht nur bei Heranwachsenden und politischen Laien vonnöten, sondern auch bei denen, die auf Plakaten verkünden, sie seien bereit, Verantwortung für dieses Land zu übernehmen.

Im Gegensatz zur 95er Studie beschäftigt sich die neue Untersuchung mit dem theoretischen Parlamentarismusverständnis und den praktischen Ergebnissen der parlamentarischen Arbeit der PDS im Bundestag und in den ostdeutschen Landtagen, die bislang noch nicht systematisch analysiert wurden. Gerade der Umgang mit und das Verhalten in den Parlamenten ist gewissermaßen der Lackmustest für die Ernsthaftigkeit der demokratischen Gesinnung einer Partei.

Die Resultate des parlamentarischen Wirkens der PDS sind durchweg ernüchternd. Zusammenfassend läßt sich sagen: Die PDS ist eine Partei der inneren Widersprüche. Ihre Distanz zum parlamentarischen System kommt auch in dem zum Teil ziellosen Aktionismus zum Ausdruck, den die PDS in den Volksvertretungen an den Tag legt. Diese nutzt sie mit Vorliebe als Tribüne für ihre systemüberwindenden Vorstellungen. Das Parlament ist für die PDS nur ein Spielball, um politisch und gesellschaftlich Unruhe zu stiften.

(Siehe auch ARGUMENTE: Wie PDS und SPD einander näherkommen. S. 25)

Aufschwung greift im Mittelstand

Zur Halbjahresbilanz der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Jürgen Doss:

Die richtige Politik der von den Koalitionsfraktionen getragenen Bundesregierung und der erprobten Unterstützung mittelständischer Unternehmen trägt Früchte. Die mit der KfW finanzierten Investitionen in Produktionsanlagen und Arbeitsplätze sichern im Mittelstand 600.000 Arbeitsplätze. Diese positive Nachricht ist um so wichtiger, wenn man weiß, daß es gerade die kleinen und mittleren Unternehmen sind, die die Mehrheit der Arbeitsplätze in Deutschland schaffen und auf Dauer sichern.

Der Mittelstand investiert rege, denn die Bundesregierung hat diesen richtigen Weg eingeschlagen und wird ihn konsequent weitergehen. Die positive Wirkung dieser Politik ist bereits erkennbar und würde sich auch beschäftigungspolitisch schon stärker bemerkbar machen, wenn die SPD ihre parteitaktisch motivierte Blockadehaltung im Bundesrat aufgeben und die im

Bundestag beschlossenen Entlastungsmaßnahmen mittragen würde. Der Aufschwung ist da! Es ist nicht der Aufschwung Gerhard Schröders, es ist der Aufschwung der erfolgreichen und vernünftigen Politik der letzten Jahre. Die Lockerung von Investitionshemmnissen (Lohnfortzahlung, Kündigungsschutz, Krankengeld usw.) in Verbindung mit direkten Entlastungen der Unternehmen durch den Wegfall der Besteuerung von Unternehmenskapital (Gewerbekapitalsteuer, Vermögensteuer) trägt Früchte.

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau hat rund die Hälfte der insgesamt 20 Milliarden DM Förderkredite der mittelständischen Wirtschaft zur Verfügung stellen können; wobei hervorzuheben ist, daß die Kreditvergabe in den letzten sechs Monaten sehr stark angestiegen ist. 7,5 Milliarden DM wurden im ersten Halbjahr für Projekte in Ostdeutschland zugesagt. Dadurch wird die Förderung von langfristigen Finanzierungen durch die KfW einfacher und früher möglich als es für die Unternehmen aus eigener Kraft machbar wäre.

PDS bleibt ewig gestrig

Der PDS Vorsitzende Bisky hat den DDR-Gründer Walter Ulbricht zu dessen 25. Todestag als „Staatsmann von Format“ gewürdigt.

Andreas Schmidt (Mülheim), parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Diese Würdigung demaskiert die PDS als ewig gestrig und verhöhnt alle Opfer

der DDR-Diktatur. Ulbricht war kein Staatsmann von Format, sondern ist das Symbol für Mauerbau, Schießbefehl und millionenfache Menschenrechtsverletzungen.

Die Wortwahl des Herrn Bisky zeigt erneut, daß die PDS kein Partner für eine demokratische Partei sein kann. Wer das anders sieht, hat auch kein Format, Herr Müntefering!

„Freiheit für das Internet“

So lautet eine Aktion im Internet, die die Internet-User dazu auffordert, sich für die Stärkung der Meinungsfreiheit im Netz und zugleich für eine effektivere Bekämpfung des Mißbrauchs einzusetzen. Zahlreiche User haben sich daran beteiligt und sich auch an uns gewendet. Die CDU hat bereits in der laufenden Legislaturperiode verschiedene Maßnahmen zu diesen Forderungen ergriffen:

Generell gilt: Eine von der Mehrheit der Bürger akzeptierte Rechtsordnung ist die Voraussetzung für freiheitliche Entfaltung eigener Interessen und individueller Ideen – ohne anerkannte Reglements herrscht Chaos, und es gilt allein das Recht des Stärkeren.

Im Internet ist das nicht anders. Hier stehen sich die Bedürfnisse nach freiheitlicher und vielfältiger Nutzung möglichst zahlreicher User und die notwendigen Maßnahmen der Regierungen gegen den Mißbrauch einiger Weniger gegenüber.

Die CDU hat sich aus ihrer Regierungsverantwortung heraus intensiv und überlegt für die Förderung der konstruktiven Seite des Internet eingesetzt, ohne die Bekämpfung des Übels zu vernachlässigen. Sie bekämpft den Mißbrauch mit allen erdenklichen Mitteln auf nationaler und internationaler Ebene – stets mit dem Ziel vor Augen, die freiheitliche Nutzung möglichst wenig einzuschränken.

Zum Beispiel mit dem Multimediagesetz des Bundes: „Deregulierung vor Regulierung“ lautet dabei das Leitprinzip: Es sichert die uneingeschränkte Zugangsfreiheit, z.B. für Gewerbe, Innovation und Entwicklung. Damit werden Impulse für den Ausbau der Netzstrukturen und für die Weiterverbreitung von Inhaltsangeboten gegeben. Die Verantwortlichkeiten für die

Inhalte werden geklärt, und vor allem Rechtssicherheit für die Verfolgung von Straftätern und beim Datenschutz hergestellt.

Gleichzeitig werden mit Projekten wie „Schulen ans Netz“ der verantwortungsvolle Umgang mit den neuen Medien gefördert, mit dem Ausbau des Wissenschaftsnetzes die Nutzung für Forschung und Bildung erhöht oder mit der Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen die Chancen für Wachstum und Beschäftigung genutzt.

Die CDU hat erkannt, welche Vorteile die neuen Medien – und hier insbesondere des Internet – für die Schaffung neuer Arbeitsplätze, für die Gründung innovativer Unternehmen, für erfolgsversprechende Wege in der Bildung, für mehr Effizienz in Wissenschaft und Forschung, für Entlastungen der Umwelt und nicht zuletzt für neue Ausdrucksformen in Kunst und Unterhaltung bieten. Sie wird sich weiterhin dafür einsetzen, möglichst vielen Bürgern den verantwortungsvollen Zugang zu diesen vielfältigen Möglichkeiten zu eröffnen.

Die CDU setzt sich zugleich konsequent dafür ein, daß diejenigen, die glauben, auf Kosten der großen Mehrheit der User ihre miesen Machenschaften mit Hilfe neuer Medien betreiben zu können, unaufhörlich gejagt und schließlich dingfest gemacht werden: Dazu setzen wir auf nationaler Ebene u.a. auf die Verstärkung von Polizeistreifen auf dem Daten-Highway, den Einsatz modernster Software zum Auffinden von Tätern, die intensivere Ausbildung und eine verbesserte Ausstattung in den zuständigen Stellen, die verständliche Aufklärung der Bürger über Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der Polizei.

Franz Meyers wird 90 Jahre

Der ehemalige CDU-Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Franz Meyers, ist am 30. Juli 90 Jahre alt geworden.

Meyers war von 1958 bis 1966 Regierungschef im bevölkerungsreichsten Bundesland und wurde dann durch ein Mißtrauensvotum von SPD und FDP gestürzt. Der Landesvorsitzende Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, gratulierte dem Jubilar zu seinem runden Geburtstag. Am 16. August will die CDU den Alt-Ministerpräsidenten in einem Festakt in Mönchengladbach ehren.

Mann der Mitte

Der in Mönchengladbach lebende Meyers ist promovierter Jurist und gelangte 1950 in das Landesparlament in Düsseldorf. Er hat sich immer als Mann der politischen Mitte verstanden und spielte nur im Fußball gerne und überzeugend die Rolle des Linksaußen.

1952 wurde er Innenminister im Kabinett von CDU-Ministerpräsident Karl Arnold. Nach dem Tod Arnolds mitten im Landtagswahlkampf von 1958 errang die CDU die absolute Mehrheit, und Meyers wurde Nachfolger des SPD-Politikers Fritz Steinhoff als Regierungschef.

Vier Jahre lang regierte die CDU an Rhein und Ruhr alleine, und Meyers war in dieser Zeit nach den Worten von Norbert Blüm „im besten Sinne des Wortes immer ein Landesvater gewesen, dem überall großer Respekt entgegengebracht wurde“.

Früher als viele andere habe Meyers auch die Bedeutung der Bildungspolitik erkannt und mit der Gründung neuer Universitäten „im Land der Kumpel und Industriearbeiter den Grundstein für eine zukunftswei-



Foto: dpa

sende Hochschulpolitik gelegt“, schrieb Blüm zu Meyers Geburtstag.

„Meyers macht es“

1962 ging die CDU in Nordrhein-Westfalen dann mit Meyers an der Spitze eine Koalition mit den Freien Demokraten ein. Vier Jahre später wurden die Christdemokraten mit dem Wahlslogan „Meyers macht es“ noch einmal stärkste Partei bei den Parlamentswahlen und regierten kurzfristig weiter mit der FDP. Diese ging dann aber ein Bündnis mit der SPD ein. Meyers' Ministerpräsidentenschaft endete durch ein Mißtrauensvotum. Sein Nachfolger im Amt war Heinz Kühn. ■

Sparsamer Umgang mit Wasser trägt zur nachhaltigen Entwicklung bei

Anlässlich der Vorstellung des Wassersparbuches erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Umweltpolitik Kurt-Dieter Grill:

Wasser ist die Grundlage allen Lebens. Es ist ein Hauptbestandteil der belebten Natur, ohne den diese nicht existieren könnte. Für uns ist es beinahe selbstverständlich, zu jeder Tages- und Nachtzeit Trinkwasser in guter Qualität und in ausreichender Menge zur Verfügung zu haben. Doch wir müssen uns immer wieder dessen bewußt werden, daß die Ressource Wasser endlich und nur begrenzt nutzbar ist. Diese schmerzhaft Erfahrung müssen die Entwicklungsländer immer wieder machen. Rund zwei Milliarden Menschen leben dort ohne Zugang zu sauberem Trink- und Sanitärwasser. Entsprechend leidet jeder zweite Mensch an wasserbedingten Krankheiten. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) stirbt dort alle acht Sekunden ein Kind durch verschmutztes Wasser.

Dank einer von der CDU geprägten Umweltpolitik ist die Wasserversorgung in Deutschland sichergestellt. So wurden durch die CDU durchgreifende Regelungen zum Schutz der Gewässer vorangetrieben. Mit der Einführung beziehungsweise Verschärfung des Abwasserabgabengesetzes, des Wasserhaushaltsgesetzes und des Wasch- und Reinigungsmittelgesetzes sowie weitere Maßnahmen und Programme wurde das umweltpolitische Instrumentarium so verfeinert, daß die Reinhaltung der Gewässer deutlich verbessert werden konnten. Darüber hinaus wurde Deutschland zum Vorreiter des internationalen Gewässerschutzes. Auch bei den Einsparmaßnahmen von Trinkwasser zeigen sich bereits erste Erfolge. So sank der

durchschnittliche Trinkwasserverbrauch im privaten Bereich pro Person und Tag von 145 Litern im Jahre 1990 auf rund 130 Liter im Jahre 1996.

Auf diesen Lorbeeren dürfen wir uns aber nicht ausruhen. So hat zum Beispiel die übermäßige Entnahme von Grundwasser in einigen dicht besiedelten Gebieten Deutschlands – wie etwa in der Rhein-Main-Region – bereits zu einer beträchtlichen Absenkung des Grundwasserspiegels geführt.

Die Politik steht allerdings nicht allein in der Pflicht. Eigenverantwortliches Han-

Dank einer von der CDU geprägten Umweltpolitik ist die Wasserversorgung in Deutschland sichergestellt.

deln eines jeden einzelnen ist erforderlich, um durch einen sorgsam und sparsamen Umgang auch in Zukunft das Vorhandensein von Wasser in ausreichender Menge und Qualität zu gewährleisten. Gerade im Bereich der privaten Haushalte gibt es viele Möglichkeiten, zu einem sorgsam Umgang mit der Ressource Wasser beizutragen und dabei gleichzeitig auch den eigenen Geldbeutel zu schonen. Diese reichen von der Verwendung eines Toilettenspülkastens mit Spartaste bis zur Installation eines zweiten mit Regenwasser gespeicherten Wasserkreislaufs bei einem Wohnungsneubau. Auch übermäßige Verunreinigungen des Wassers können durch Sparsamkeit und umweltbewußtem Umgang mit Reinigungsmitteln verhindert werden. Unser Wassersparbuch soll zu diesem Zweck wertvolle und hilfreiche Tips zur

Zeitschriften und Zeitungen verlieren Leser

Rund die Hälfte aller deutschen Zeitungen und Zeitschriften hat nach einer Medienstudie Leser eingebüßt.

Dies ergab die jüngste Media-Analyse (MA), die im Auftrag der deutschen Pressemedien von der MA-Arbeitsgemeinschaft in Frankfurt erarbeitet worden ist. Nach den Berechnungen lagen die Verluste für 50 Prozent der Blätter in etwa zwischen 10.000 und 50.000 Lesern. Für ein Fünftel dieser Medien gab es im Vergleich zu der Analyse des Vorjahres keine Verände-

rungen. 30 Prozent hatten dagegen etwas mehr Leser.

Die größte Reichweite – 17,6 Prozent aller Leser – erzielt nach wie vor die „Bild am Sonntag“. Sie mußte aber auch ein Minus von ca. 50.000 Lesern hinnehmen. Bei den Nachrichten-Magazinen liegen „Focus“ und „Der Spiegel“ mit jeweils geringen Verlusten gleichauf. Einen deutlichen Leserschwund wurde für den „Stern“ ermittelt: Im Vergleich zum Vorjahr lasen rund 470.000 Deutsche weniger das Magazin (Reichweite: 11,2 Prozent).

Wassersparbuch

Mein Beitrag
zur nachhaltigen
Entwicklung

CDU

● Wassersparbuch

Faltblatt, 12 Seiten,
Bestell-Nr.: 2433
100 Expl.: 20,00 DM

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum • Postfach 14 65
59306 Ennigerloh • Fax (025 24) 9 11 3 10
E-Mail: georg.simon@bertelsmann.de

Preis zzgl. MwSt. und Versand

Nutzung des Wassers liefern. Es soll mit dazu beitragen, daß jeder von uns durch entsprechende Verhaltensänderungen daran mitwirkt, daß mit unseren natürlichen

Ressourcen – auch im Interesse des Schutzes der Lebensgrundlagen der nachfolgenden Generationen – verantwortungsvoll umgegangen wird. ■

Als 1990 die Wiedervereinigung der getrennten Teile Deutschlands Wirklichkeit wurde, hieß es, nichts werde bleiben, wie es war. Diese Prophezeiung ist eingetroffen, allerdings anders als erwartet. Wer hätte sich damals vorstellen können, daß die Kommunisten, die gerade mit Schimpf und Schande davongejagt worden waren, wenige Jahre später, demokratisch gewählt, in die Gemeindevertretungen, in die Landtage und auch in den Bundestag einziehen würden? Heute stellen sie in vielen Gemeinden die Bürgermeister und sind dort die aktivste politische Kraft. Ihre Fraktionen und Abgeordneten nehmen an der opulenten Finanzierung teil, mit denen der bundesrepublikanische Staat Parlamentsfraktionen und Parlamentarier ausstattet.

Als das „Magdeburger Modell“ der vereinbarten Unterstützung einer Minderheitsregierung durch die PDS geboren wurde, konnte man glauben, daß es sich um eine einmalige Inszenierung handelte, um eine Entgleisung oder Eintagsfliege. Daß dies ein Irrtum war, zeigt sich jetzt, wo die SPD von Sachsen-Anhalt ohne Not der Kooperation mit der PDS den Vorzug vor der möglichen Koalition mit der CDU gibt – und dies entgegen dem erklärten Willen der Führung der Bundespartei.

Erklärungen der SPD-Politiker Ringstorff (Mecklenburg-Vorpommern) und Dewes (zuvor Staatssekretär im Saarland, inzwischen Innenminister und führender SPD-Politiker in Thüringen) lassen erwarten, daß die SPD in diesen Ländern bei nächster Gelegenheit die dort bestehenden Koalitionen mit der CDU aufkündigen und

eine Zusammenarbeit mit der PDS eingehen wird.

Bundesgeschäftsführer Müntefering hat sich ähnlich geäußert, Richard von Weizsäcker die Frage aufgeworfen, ob die PDS koalitionsreif sei. Die tabubrechende „Erfurter Erklärung“ war ein Signal, das im Westen Deutschlands ebenso überhört worden ist wie die wiederholten Reden und Interviews, mit denen der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Höppner, sein Modell pries und die DDR schönredete. Höppner – von Profession Mathema-

Rudolf Wassermann:

Zwei politische Kulturen?

Die Kooperation mit der PDS bedeutet Abkehr von der streitbaren Demokratie

tiker und zu SED-Zeiten als Synodaler im kirchlichen Raum engagiert – hatte unter dem SED-Regime nichts auszustehen. Er ist kein alter Sozialdemokrat, hielt sich aber auch von der SED fern. Dem DDR-Regime hat er mehr als eine freundliche Erinnerung bewahrt. Zumindest seine Rede vom Vorjahr, in der er die Unrechtsqualität des SED-Regimes bestritt und die Bundesrepublik mit scharfer Kritik überzog, hätte aufhorchen lassen müssen.

Es entspricht der personalisierenden Art und Weise, mit der Politik hierzulande von der Presse verstanden wird, wenn man die kaltschnäuzige Methode, mit der er Gerhard Schröders wohlbegründeten, staatsmännischen Rat, eine Koalition mit der CDU einzugehen, abtat, darauf zurückzuführen versucht, daß Höppner und der

CDU-Repräsentant Bergner „nicht miteinander können“. Als ob es in der Politik auf persönliche Animositäten ankomme!

Die ihm in der Wahlnacht angesichts des für ihn nichts weniger als glanzvollen Wahlergebnisses entschlüpfte Ankündigung, er werde eine stabile Regierung bilden, interpretierte Höppner alsbald so, daß er weiterhin eine Minderheitsregierung mit vereinbarter parlamentarischer Abstützung durch die PDS führen wolle. Damit brüskierte er die Bonner SPD-Führung, die davon nicht zuletzt negative Auswirkungen auf die Bundestagswahl befürchtete und befürchtet.

Lehren aus der Vergangenheit vergessen?

Vor dem Hintergrund der jüngeren deutschen Geschichte gibt es in der Tat schwerwiegende Bedenken gegen die Kooperation der SPD mit der PDS, über die man kaum hinweggehen kann. Die PDS ist nicht, wie immer wieder zu lesen ist, eine Nachfolgepartei der kommunistischen SED, sondern diese selbst. Die SED hat sich nicht etwa aufgelöst, sondern sich im Dezember 1989 in Anpassung an die geänderten Verhältnisse nur einen anderen Namen gegeben.

Die Kommunisten aber haben in den Sozialdemokraten nicht etwa ihre Klassenbrüder, sondern stets ihren Hauptfeind gesehen. Das war in der Weimarer Republik so, als die Kommunisten die Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“ diskreditierten und weit intensiver bekämpften als die von ihnen sträflich unterschätzten Nationalsozialisten. Nach 1945 hatte Kurt Schumacher nicht vergessen, was die Kommunisten den Sozialdemokraten angetan hatten. Er mißtraute den anfänglichen Demokratiebetuerungen der Kommunisten zutiefst, nannte diese „rotlackierte Nazis“ und kritisierte die Bündnispolitik Grote-

wohls in der SBZ. Die Geschichte gab Schumacher recht.

Die Sozialdemokraten zogen in der Bündnispolitik mit den Kommunisten den kürzeren, wurden nach der Zwangsvereinigung mit der KPD beiseite gedrängt und verloren schließlich den letzten Einfluß, als sich die SED als „Partei neuen Typs“ präsentierte. „Sozialdemokratismus“ wurde zur Todsünde. Diejenigen, denen dieses Laster zugeschrieben wurde, wurden drangsaliert und verhaftet, wenn sie nicht vorher fliehen konnten.

Daß Sozialdemokraten diese geschichtlichen Erfahrungen in den Wind schlagen können und den Kommunisten, die stets, wenn sie die Möglichkeit hatten, terroristische Diktaturen errichteten, Vertrauen entgegenbringen, als seien sie eine demokratische Partei, ist unter diesen Umständen schier unbegreiflich, auch wenn man bedenkt, daß die SPD in Sachsen-Anhalt die Geschichte der Sozialdemokratie nicht kennt und daß ihr das, was sich tatsächlich zugetragen hat, selektiv durch die SED vermittelt worden ist, also aus der Sicht der geschichtsverälschenden SED.

Mit dem Geist des Grundgesetzes nicht vereinbar

Aber nicht nur von der sozialdemokratischen Geschichte wendet sich die Kooperationspolitik Höppners und der sächsisch-anhaltinischen SPD ab. Auch mit dem Geist des Grundgesetzes ist sie nicht vereinbar. Dieser wurde durch den Konsens der Demokratien unter Ausschluß extremistischer Parteien bestimmt. Es handelt sich um eine Lehre, die aus der Vergangenheit gezogen wurde. Kennzeichen der Weimarer Republik war die Neutralität gegenüber jeder politischen Zielsetzung gewesen. Hitler und seine Partei unterliefen auf legalem Wege das demokratische System, das sie dann nach der Übernahme der Macht ohne Umschweife beseitigten.

Auch die Kommunisten waren erklärte Feinde der demokratischen Ordnung, die nie einen Hehl aus ihrer Ansicht machten, anstelle der bürgerlichen Demokratie die schrankenlose Herrschaft ihrer Partei zu errichten. Diese Erfahrungen gaben den Verfassungsväter und -müttern Veranlassung, sich von der für demokratieimmanent gehaltenen Hilflosigkeit gegenüber verfassungsfeindlichen Gruppen abzuwenden. Gleichsam als Antwort auf die Herausforderung durch die demokratiefeindlichen Parteien wurde das Konzept der abwehrbereiten, streitbaren Demokratie entwickelt, die sich gegen ihre Feinde wehrt.

Der Konsens darüber gehört zu den Errungenschaften, an denen die Bundesrepublik trotz einiger Schwankungen – etwa bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst, den sogenannten Berufsverboten – bis in unsere Tage festgehalten hat. Tabuisiert ist jede Zusammenarbeit mit extremistischen politischen Gruppierungen, die nicht auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen. Diesen die Verfassungsgräson der Bundesrepublik bildenden Konsens, der für die politische Willensbildung sowohl im Bund als auch in den Ländern gilt, gibt eine Partei auf, die sich in eine politische Kooperation mit einer extremistischen Partei einläßt, gleichviel, ob diese auf dem rechten oder auf dem linken Flügel des Parteienspektrums zu verorten ist.

PDS und DVU stimmen in Magdeburg gemeinsam

Nun ist in Sachsen-Anhalt ebendieses geschehen. Ist den Beteiligten klar, was damit aufs Spiel gesetzt wird? Ob eine Koalition unter Regierungsbeteiligung der PDS gebildet wird oder die PDS sich bereit erklärt, der Minderheitsregierung der SPD die nötige Mehrheit zu verschaffen, macht prinzipiell keinen Unterschied, was die Abhängigkeit von einer extremistischen Partei angeht. Angesichts der Ent-

Dr. jur.h.c. Rudolf Wassermann ist Mitglied des Niedersächsischen Staatsgerichtshofes und war Ministerialrat im Bundesjustizministerium, Präsident des Landgerichts Frankfurt am Main und bis 1990 Oberlandesgerichtspräsident in Braunschweig. Von 1974 bis 1980 war er Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen. Er hat zahlreiche Bücher und juristische Kommentare geschrieben.

schlossenheit der SPD in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen, dem „Magdeburger Modell“ zu folgen, muß man sich darauf einrichten, daß auf Landesebene nunmehr in Deutschland zwei politische Kulturen bestehen, die westdeutsche, die an der Ausgrenzung der extremistischen Parteien festhält, und die ostdeutsche, die keine Scheu hat, zumindest mit linken Extremisten zu kooperieren. Gewiß gibt es Erklärungen der PDS, die zeigen, daß der kommunistische Wolf Kreide gefressen hat.

Daß damit nicht der Verzicht auf die Durchsetzung extremistischer Positionen verbunden ist, hat Höppner schneller merken müssen, als ihm lieb war. Denn PDS und DVU, die Extremisten von links und rechts, denen der Verfassungsschutz ein Dorn im Auge ist, sorgen gemeinsam im Magdeburger Landtag für die Ablehnung des CDU-Antrages auf Beibehaltung der personellen Stärke des Verfassungsschutzes. Wem fallen da nicht die gemeinsamen Aktionen von Kommunisten und Nazis in der Weimarer Republik ein, etwa beim

Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Öffentliche Büchereien, Kindergärten und Schulen haben sich der Leseförderung verschrieben. Seitens der Politik pflegen entsprechende Aktivitäten weitestgehend unterstützt zu werden. Und dennoch: Es vergeht, kaum eine Woche, in der nicht neue, oft beunruhigende Zahlen über die Lesezeit von Erstlesern und jungen Menschen veröffentlicht werden.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. stellt sich daher kontinuierlich der Aufgabe, im Rahmen von Fachtagungen Probleme und Chancen der Leseförderung und der Lesesozialisation zu thematisieren und dazu Bibliothekarinnen und Bibliothekare, Lehrerinnen und Lehrer, Mitarbeiterinnen in Kindergärten sowie Eltern einzuladen.

Eines der nächsten Angebote:

Veranstaltung Nr. 217

Leseförderung — Lesesozialisation: Eine gemeinsame Aufgabe für junge Familien, Kindergärten,

Grundschulen und Öffentliche Bibliotheken

Fachtagung in Zusammenarbeit mit dem Borromäusverein

21. bis 23. August 1998

Hauptthemen:

- Medienwelten von Kindern
- Lesesozialisation in der Schule — Untersuchungen zum Einsatz von Kinder- und Jugendliteratur im Unterricht
- Leseförderung als gemeinsame Aufgabe von Familie, Schulen, Kindergärten und Öffentlichen Bibliotheken
- Podiumsgespräch

Weitere Informationen/Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungszentrum
Schloß Eichholz
Postfach 13 31
50387 Wesseling
Fax (0 22 36) 7 07-2 30

Volksentscheid des Preußischen Landtages und beim Streik der Verkehrsbetriebe in Berlin?

Mit dem Stimmzettel dafür sorgen, daß ...

Bitter ist das für alle, die an die „Streitbare Demokratie“ als Verfassungsprinzip geglaubt haben; womöglich noch bitterer für die, die aus dem kommunistischen Machtbereich in den freien Westen geflohen

sind. Geblieben ist die Hoffnung, wie einst mit dem Stimmzettel dafür sorgen zu können, daß die PDS so wenig Wählerstimmen erhält, daß sie für diejenigen, die mit ihr kooperieren wollen, uninteressant ist. Das dürfte sich im westlichen Teil Deutschlands erreichen lassen. Im Osten fehlt es dagegen an Menschen, die zur kämpferischen Auseinandersetzung mit der PDS bereit sind und dieser die Stimmen abnehmen, die ihr derzeit in reichem Maß zuteil werden.

Aus: Mut. Forum für Kultur, Politik und Geschichte. Nr. 371, Juli 1998

MITTELSTAND

Mit vollmundigen Versprechungen ködert SPD-Möchtegernkanzler Gerhard Schröder den Mittelstand. Doch seine Versprechungen sind nichts als Schall und Rauch. Allein mit Sprüchen hilft man dem Mittelstand nicht.

● **Als Regierungschef von Niedersachsen** kürzte der SPD-Kanzlerkandidat die landeseigene Mittelstandsförderung massiv zusammen. **Fazit:** Die Selbständigenquote in Niedersachsen liegt weit hinter unionsgeführten Bundesländern zurück.

● **Gerhard Schröder** will die Entlastung von Arbeit durch die Rentenreform, die Gesundheitsreform, die Neuregelung des Kündigungsschutzes und der Lohnfortzahlung rückgängig machen. **Fazit:** Die Lohnnebenkosten steigen weiter.

● **Gerhard Schröders Steuerkonzept** sieht für den Mittelstand, für Freiberufler und Selbständige eine Option auf eine Besteuerung nach dem Körperschaftsteuerrecht vor. **Fazit:** Freiberufler und Selbständige werden abkassiert, weil sie damit Gewerbesteuer zahlen müssen.

● **Gerhard Schröder** ist in der Öffentlichkeit gegen eine Ausbildungsabgabe, vor seinen Parteifreunden jedoch für eine Ausbildungsabgabe. **Fazit:** Gerhard Schröder hat ein Glaubwürdigkeitsproblem.

► **Unter Bundeskanzler Helmut Kohl** wurden die Hilfen für Selbständige und Existenzgründer – z. B. Eigenkapitalhilfe oder Ansparabschreibung – stark verbessert. **Fazit:** Die Selbständigenquote im Bund ist seit 1982 auf 10 Prozent deutlich angestiegen.

► **Das klare Ziel der CDU** ist die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge auf unter 40 Prozent. Durch Reformen Steuern und Abgaben senken, Arbeit von Kosten entlasten, ist unverzichtbar. **Fazit:** Der Anstieg der Beiträge ist bereits gestoppt.

► **Die CDU will alle Steuerzahler netto spürbar entlasten.** Die Steuersätze sollen dazu durchgehend und deutlich gesenkt werden. **Fazit:** Nur mit der CDU sinken auch für den Mittelstand die Steuern.

► **Die CDU lehnt jegliche Zwangsabgabe zu Lasten der Ausbildung** strikt ab. Staatliche Gängelerei und überzogener Bürokratismus sind mit der CDU nicht zu machen. **Fazit:** Die Lehrstellenbilanz wird 1998 wie in den Vorjahren ausgeglichen sein.

**Der Mittelstand muß wissen:
Er kann sich auf Gerhard
Schröder nicht verlassen.**

CDU

Argumente

Erosion der Abgrenzung: Wie

PDS und SPD einander näherkommen

Solange Demokratie, Parlamentarismus und Rechtsstaatlichkeit mit Kapitalismus und Arbeitslosigkeit in einen Topf geworfen werden, solange wird es auch die PDS geben – und rechtsextremistische Parteien als Dreingabe dazu.

Mit diesem Satz beendet Jürgen P. Lang die *Schlussbetrachtung* seiner PDS-Studie, die die Konrad-Adenauer-Stiftung am 30. Juli in Bonn vorgestellt hat, und schreibt den Wahlkämpfern insbesondere in den neuen Bundesländern warnend ins Stammbuch:

Die PDS wird bei Wahlen weiter aus dem Vollen schöpfen können, wenn es nicht gelingt, die tiefsitzende Verdrossenheit der Bürger in Ostdeutschland gegenüber dem neuen System aufzubrechen.

Und das: obwohl PDS-Vordenker André Brie und PDS-Bundestagsgruppen-Vorsitzender Gregor Gysi fast wortgleich geklagen:

- „Wir müssen endlich in der Bundesrepublik ankommen.“
- „Wir müssen endlich in der Gesellschaft ankommen.“

Der Vorgänger-Partei SED war nämlich 1989/90 der Staat abhanden gekommen, und erst die unerwarteten Wahlerfolge in den neuen Bundesländern 1994 haben den SED-Nachfolgern überhaupt wieder Mut gemacht, es noch einmal mit einem gescheiterten Experiment zu versuchen, dessen Trümmer noch heute nicht beseitigt sind.

Drittstärkste Kraft eines faktischen Dreiparteiensystems ist die PDS inzwischen in Ostdeutschland und damit unwiderstehliche Verlockung für die SPD, Abgrenzungsbeschlüsse zu ignorieren.

Noch bevor sich im Gärungsprozeß innerhalb der PDS, bei der Auseinandersetzung zwischen Reformier-Flügel und Alt-Kommunisten, ein Ziel erkennen läßt, hat in Sachsen-Anhalt SPD-Ministerpräsident Höppner zum zweiten Mal das sog. „Magdeburger Modell“ aufgelegt und der PDS ihre *Traumrolle* zugestanden: nämlich den Mehrheitsmacher mit strategischem Gewicht zu spielen, ohne für die Regierungspolitik unmittelbar verantwortlich zu sein.

In Mecklenburg-Vorpommern, wo wie für den Bundestag ebenfalls am 27. September gewählt wird, liebäugelt der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag, Harald Ringsdorf, mit einem „Schweriner Modell“.

Nur als *milieuverhaftete Regionalpartei in Ostdeutschland* und *Schicksalsgemeinschaft* all derer, die auch heute noch nicht von den Wertvorstellungen der DDR ablassen wollen, mit einem allerdings weitverzweigten Netz unterschiedlichster Vereine – von der Organisation ehemaliger MfS-Offiziere über marxistische Debattierklubs bis hin zum Mieterverein – hätte die Partei wohl keine Zukunft im wiedervereinten Deutschland.

Der „**außerparlamentarische** Kampf um gesellschaftliche Veränderungen“ wäre tatsächlich „entscheidend“ geblieben, wie es im Parteiprogramm heißt –

wenn sich nicht eine Mehrheit ostdeutscher Sozialdemokraten von der *wohlfeilen Aussicht, konservative Regierungen oder große Koalitionen neu ablösen zu können*, und dem Angebot hätte überzeugen lassen, das schlicht und einfach lautet:

Eine SPD, die „wirklich strategisch denkt und Veränderungen will, braucht die PDS“. Und das heißt: die **PDS in den Parlamenten**.

Politisch-inhaltlich trat die PDS zuerst nur mit den relativ einflußlosen linken Flügeln von SPD und Grünen in Kontakt („cross-over-Projekt“).

Geradezu kongenial in die Strategie der PDS-„Reformer“ paßte dagegen die „Erfurter Erklärung“: „Hektisch hatten führende Parteivorstandsmitglieder der PDS am Text gefeilt und nach prominenten Erstunterzeichnern aus dem linken, vor allem sozialdemokratischen Lager gesucht.“ (Christian von Dittfurth: Ostalgie)

● Die Zusammenarbeit oppositioneller Kräfte ● gesellschaftliches Bündnis ● Einheit der Linken ● die plakative Forderung nach einer „anderen Politik“: *Die Erklärung liest sich wie die populäre Fassung der strategischen Pläne aus der PDS-Zentrale*.

Zentraler Satz: „Gebraucht wird eine Opposition, die den Wechsel mit allen Kräften will. Sie kann nur aus den bisher getrennten Oppositionskräften entstehen.“

In diesen Zusammenhang gehört das Bemühen der PDS, den Begriff **Sozialismus** neu zu fassen und dessen Idee wiederzubeleben. Dabei gilt als ausgemachte Sache: Der Staats-Sozialismus

der DDR war eigentlich gar kein Sozialismus, sondern die Pervertierung der sozialistischen Idee ...

... als hätte die sozialistische Tradition in Osteuropa zwischen 1945 und 1990 nur eine historische Pause eingelegt, um nach 45 Jahren – Phönix aus der Asche gleich – wieder erblühen zu können.

In diesen Zusammenhang gehört die Besetzung des Begriffs **Demokratie** und dessen Umdeutung zur *Methode gesellschaftlichen Umbruchs*. Der Begriff „Klassenkampf“ wird vermieden. Statt dessen zielt die PDS mit dem Konzept „Demokratisierung“ auf die Erzeugung einer Art von *Massendynamik aller Unzufriedenen* und letzten Endes auf eine Vergesellschaftung der politischen Willensbildung durch den Staat.

Im Kern ist das nichts anderes als, womit die SED-Machthaber ihre politische Praxis gegenüber der Gesellschaft der DDR kontrollierten.

„Sozialabbau“ und „Massenarbeitslosigkeit“ sind die zentralen Stichworte, mit denen die PDS-Propaganda soziale Ängste schürt und den Versuch unternimmt, die „Sicht der Betroffenen“ in die Parlamente zu tragen.

Der sog. „Große Lauschangriff“ und dessen Ausführungsgesetze waren das Thema der ersten *offen gewollten parlamentarischen Zusammenarbeit* zwischen PDS und SPD im Bundestag und im März dieses Jahres die bislang einmalige Gelegenheit der SED-Nachfolgepartei, das *Fernziel der Machtbeteiligung* auch anschaulich zu machen.

Für Ihre Argumentation im Wahlkampf

Auf mehrere Anfragen hin haben wir zusätzlich zum Gesamtangebot unserer Informations- und Werbemittel im **UiD Extra** dieser Ausgabe noch einmal alles das an Informationsmaterialien zusammengestellt, was Sie für Ihren Wahlkampf – für Redebeiträge, Gespräche und Diskussionen – brauchen.

Es handelt sich – mit Ausnahme der Argumentationskarten und Faltblätter – um Texte, die vor allem im UiD stehen bzw. den Kreisverbänden als aktuelles Infotax zugegangen sind. Sie finden die Texte ohne Ausnahme auch in **KomSys** und im **KandiNet**.

UiD-Dokumentationen

- SPD-Mißwirtschaft in den Ländern: Finanz- und Haushaltspolitik unsolid und unseriös. Zahlen, Daten, Fakten (**UiD 1/1998**).
- Erster Bericht über die Entwicklung der Pflegeversicherung. Norbert Blüm: Die Pflegeversicherung hilft verlässlich und steht auf einem festen Fundament (**UiD 2/1998**).
- Mit Sicherheit erfolglos. Das Versagen der SPD bei der Inneren Sicherheit (**UiD 3/1998**).
- Wachstum, Wohlstand und Verteilungsgerechtigkeit. Zahlen, Daten, Fakten zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Deutschland (**UiD 4/1998**).
- Das Dilemma der SPD in der Außen- und Sicherheitspolitik (**UiD 5/1998**).
- Die Europapolitik der SPD: Populismus vor Berechenbarkeit (**UiD 6/1998**).

- Die „neue Mitte“ ist in Wirklichkeit die alte linke Ecke. Zum SPD-Regierungsprogramm 1998-2002 (**UiD 8/1998**).

- Wir haben viel bewegt. Leistungsbilanz 1994–1998. Teil I (**UiD 11/1998**).

- Wir haben viel bewegt. Leistungsbilanz 1994–1998. Teil II (**UiD 12/1998**).

- Die Kernbotschaft unseres Programms ist: Steuerentlastung. Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann und wirtschaftspolitischer Sprecher des CDU-Bundesvorstands stellt die Schwerpunkte der CDU-Wirtschaftspolitik vor (**UiD 13/1998**).

- Europäische Einigung ist Voraussetzung für Frieden, Freiheit und Wohlstand. Redebeitrag von Bundeskanzler Helmut Kohl in der Debatte zum Übergang zur Dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsreform (**UiD 14/1998**).

- Ministerpräsident **Kurt Biedenkopf**: Die Bundesregierung sichert immerhin die politische Basis für die Transferleistung von jährlich 4,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts von West nach Ost. **Wolfgang Schäuble**: Wir sind auf dem richtigen Weg: Wir haben bei der Überwindung der Folgen von Teilung und Sozialismus eine Menge erreicht. Bundestagsdebatte zum wirtschaftlichen Aufbaukonzept für Ostdeutschland am 28. Mai (**UiD 18/1998**).

- Bundeskanzler Helmut Kohl: Die Einigung Europas ist die einzig wirklich dauerhafte Garantie für Frieden und Freiheit. Regierungserklärung am 18. Juni im Deutschen Bundestag zum Europäischen Rat in Cardiff vom 15. und 16. Juni (**UiD 21/1998**).

- Beschäftigungsförderung in Deutschland (UiD 24/1998).

UiD Extra

- Wolfgang Schäuble: Deutschland vor der Europäischen Währungsunion. Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf der Jahreseröffnungsveranstaltung der Deutschen Börse AG in Frankfurt am Main am 26. Februar (UiD 5/1998).

- Erleichterungen für Alteigentümer. Vereinfachungen im Verwaltungsverfahren. Zwischenbericht des Arbeitskreises „Enteignungen 1945 bis 1949“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (UiD 6/1998).

- UiD im Wahlkampf. Hilfen nicht nur für CDU-Redakteure (UiD 10/1998).

- Helmut Kohl: Wir sind auf einem guten Weg, das gemeinsame Haus Europa zu errichten. Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 2. April im Deutschen Bundestag (UiD 12/1998).

- Den Wandel gestalten. Musterrede für den Wahlkampf 1998 (UiD 13/1998).

- Kann die PDS wie eine normale demokratische Partei behandelt werden? Gedanken zum Bundestagswahlkampf von Fritz Hähle (UiD 20/1998).

- **Vera Lengsfeld:** Die Vergangenheit darf nicht ins Harmlose entsorgt werden. **Rainer Eppelmann:** Alles Unmenschliche ist sinnlos und vergebens. Aus der Bundestagsdebatte über den Abschlußbericht der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ am 17. Juni (UiD 21/1998).

- Bundespräsident Roman Herzog: Die Bürgerrechtler sind die Träger eines

wertvollen Erfahrungsschatzes. Rede des Bundespräsidenten auf dem Bürgerrechtler-Kongreß der Konrad-Adenauer-Stiftung am 23. Juni in Leipzig (UiD 22/1998).

- 1998–2002. Wahlplattform. Teil I (UiD 24/1998).
- 1998–2002. Wahlplattform. Teil II (UiD 25/1998).
- 1999–2002. Wahlplattform. Teil III (UiD 26/1998).

ARGUMENTE

... zum Abbau überflüssiger Bürokratie (UiD 34/1997).

... zur Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen in der Landwirtschaft (UiD 35/1997).

... zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts – Eckpunkte – (UiD 36/1997).

... zur Verbesserung der Kommunalfinanzanzen (UiD 37/1997).

... für einen pünktlichen Start des EURO (UiD 38/1997).

... zur Reform des deutschen Hochschulsystems (UiD 39/1997)

... für eine große Steuerreform, die diesen Namen auch verdient (UiD 1/1998).

Neun Punkte zum „Sicherheitsjahr '98“ (UiD 2/1998).

... zu einer großen Bildungsreform, die auf Qualität zielt (UiD 4/1998).

... zum Religionsunterricht an öffentlichen Schulen (UiD 5/1998).

... zur aktuellen Aussiedlerpolitik 1998 (UiD 6/1998).

... zum Studium in den neuen Bundesländern (UiD 7/1998).

... zur Sicherheit der Kernkraftwerke und der Endlagerung ihrer radioaktiven Abfälle (UiD 8/1998).

... zur internationalen Vergleichbarkeit von Arbeitslosenquoten (UiD 9/1998).

... zur gesamtwirtschaftlichen Steuerbelastung (UiD 10/1998).

... zu den Vorteilen der Magnetschwebebahn Transrapid (UiD 12/1998).

Warum die SPD Deutschland nicht regieren kann (UiD 13/1998).

7 gute Gründe, die für die CDU sprechen (UiD 14/1998).

Die Folgen eines Ausstiegs aus der Atomenergie (UiD 15/1998).

Erfolgreiche Politik für Senioren (UiD 18/1998).

Politik für Frauen, Kinder und Familie (UiD 19/1998).

Das Verhältnis der Parteien zu den Kirchen (UiD 20/1998).

Die Auswirkungen der Rentenreform 1999 (UiD 21/1998).

... für Gespräche mit Erstwählern (UiD 22/1998).

Wie sich das neue Asylrecht bewährt (UiD 23/1998).

Die Motive der Rechtswähler am Beispiel Sachsen-Anhalt (UiD 24/1998).

Wie PDS und SPD einander näherkommen (UiD 25/1998).

Argumentationskarten

zu den Themen:

- Alleinerziehende
- Alterssicherung
- Anti-Drogenpolitik
- Arbeitsmarkt
- Asylrecht

- Aufschwung Ost
- Ausbildung
- Ausländerpolitik
- Bundeswehr
- Energie
- Entwicklungspolitik
- EU-Finanzbeitrag Deutschlands
- EU-Osterweiterung
- Europäische Union
- Existenzgründer
- Familie und Beruf
- Familie und Wohnen
- Familienförderung
- Finanzen
- Forschung
- Frau und Beruf
- Gesundheit
- Hochschule
- Innere Sicherheit
- Innovation
- Jugendpolitik
- Kindererziehungszeiten in der Rente
- Kindschaftsrecht
- Landwirtschaft
- Menschenrechte
- Organisierte Kriminalität
- Pflegeversicherung
- Schule
- Senioren
- Service für Haushalt und Familie
- Sicherheitspolitik
- Sozialhilfe
- Sozialpolitik
- Sportpolitik
- Steuern
- Umwelt
- Vertriebene und Spätaussiedler

● Wehrpflicht

● Wirtschaft

Bestell.-Nr.: 1409

10 Sets: 24,00 DM

Faltblätter

- 2369** Das bringt uns die Europäische Union
- 2372** Unsere Bundeswehr – Einsatz für Frieden und Freiheit
- 2373** Sicherheit für die Zukunft
- 2374** Politik für Frauen
- 2375** Zukunftschancen für Familien sichern
- 2376** Handeln für mehr Sicherheit — Kriminalität entschlossen bekämpfen
- 2378** Bildung für die Zukunft
- 2379** Erfolgreiche Sportpolitik der CDU
- 2380** Landwirtschaft
- 2381** Für eine moderne Innovationspolitik
- 2382** Standort Deutschland, modern – attraktiv – zukunftsicher
- 2383** Gesundheitspolitik
- 2384** Solide Finanzen/Niedrige Steuern
- 2385** Mittelstand – Für eine neue Kultur der Selbständigkeit
- 2386** Senioren
- 2387** Aufschwung Ost
- 2388** Umwelt und Energie
- 2389** Soziale Sicherheit
- 2390** Arbeitsmarkt
- 2391** Ausbildung/Berufliche Bildung
- 2392** Sieben gute Gründe für die CDU

- 2393** Damit das Land nicht rot wird
- 2394** Das ist nur mit der CDU zu haben
– Argumente zur Bundestagswahl 1998

Verpackungseinheit: jeweils 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: 20,00 DM

Infifax-Sonderservice

- Nr. 2** Rot-Grün: Verzögern - verhindern – blockieren (19. 1. 98)
- Nr. 3** Meilenstein der Verbrechensbekämpfung: Die CDU setzt sich beim „Großen Lauschangriff“ durch (23. 1. 98)
- Nr. 6** Durchbruch bei der Vermögensbildung (4. 3. 98)
- Nr. 7** Das Linksbündnis formiert sich: Zum ersten Mal abgestimmtes Verhalten von SPD, Grünen und PDS im Bundestag (6. 3. 98)
- Nr. 8** Rot-Grüne Wirklichkeit: Eine andere Republik (10. 3. 98)
- Nr. 9** Die Linke will eine andere Republik (13. 3. 98)
- Nr. 10** Bauplan für die Brücke ins 21. Jahrhundert – Zukunftsprogramm der CDU Deutschlands (3. 4. 98)
- Nr. 11** Zur Diskussion um eine aufkommensneutrale und europaweite Energiebesteuerung erklärt Generalsekretär Peter Hintze (6. 4. 98)
- Nr. 14** Bedeutendste Entscheidung seit der Wiedervereinigung Deutschlands. Auszüge aus der Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl in der EURO-Debatte des Deutschen Bundestages am 23. April (24. 4. 98)

Nr. 15 Ergebnisse des EURO-Gipfels in Brüssel vom 1. bis 3. Mai (4. 5. 98)

Nr. 16 SPD läßt wegen der PDS die Koalitionsgespräche mit der CDU platzen! (8. 5. 98)

Apropos Schröder

- Steuern (UiD 21/1998)
- Rente (UiD 22/1998)
- Innere Sicherheit (UiD 23/1998)
- Aufbau Ost (UiD 24/1998)
- Mittelstand (UiD 25/1998)

Was die Linken

wirklich wollen

Stichwort: Wehrpflicht (UiD 7/1998)

Stichwort: Gelöbnis (UiD 8/1998)

Stichwort: Transrapid (UiD 12/1998)

Stichwort: Abschiebung (UiD 13/1998)

Stichwort: Ausbildungsplatzabgabe (UiD 14/1998)

Stichwort: Vermögensteuer (UiD 15/1998)

Wahlkampf 1998

- Verdachtsunabhängige Kontrollen müssen in die Polizeigesetze (UiD 4/1998)
- SPD-Blockade-Strategie bei akustischer Wohnraumüberwachung (UiD 6/1998)
- Gesamt-Europa gegen die organisierte Kriminalität (UiD 10/1998)
- NATO-Osterweiterung: Mehr Sicherheit in Europa (UiD 12/1998)
- Erfolgreiche Abrüstungspolitik der Bundesregierung (UiD 14/1998)
- Grüne verunglimpfen öffentliche Gelöbnisse als „Militärspektakel“ (UiD 21/1998)

Die Junge Union Baden-Württemberg sucht zum 1. Oktober 1998 für die Landesgeschäftsstelle in Stuttgart eine/einen

Landesgeschäftsführer/-in

Aufgaben:

- Führung der Geschäftsstelle des Verbandes
- Vorbereitung und Organisation aller Tagungen und Kongresse
- Betreuung der satzungsmäßigen Gremien

- Kontaktpflege zu politischen Organisationen sowie zu Verbänden und Vereinen

Anforderungen:

- überdurchschnittliches Engagement und Einsatzbereitschaft
- Erfahrungen in der Verbandsarbeit
- Mitgliedschaft in der Jungen Union
- hohes Maß an Flexibilität und Mobilität

Bewerbungen sind bis zum 10. September 1998 an die Landesgeschäftsstelle der Jungen Union Baden-Württemberg, Hasenbergstraße 49 b, 70176 Stuttgart, zu richten.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.



● Bundesliga-Spielplan für die 1. und 2. Bundesliga

Rechtzeitig zum Start der Bundesliga-Saison 98/99 ist der **Faltplan** mit allen Spielen über unser **Versandzentrum** erhältlich. Der Plan enthält alle Spiele mit übersichtlichen Tabellen zum Eintragen der Ergebnisse.

Aktionstip:

Verteilen Sie jetzt zum Beginn der Saison 98/99 den **Bundesliga-Planer** vor den Fußballstadion der Bundesliga-Vereine.

Bestell-Nr.: **2487**

Verpackungseinheit: **250 Expl.**

Preis je 250 Expl.: **47,- DM**

Achtung unser Versandzentrum ist umgezogen!
Die neue Anschrift:

IS-Versandzentrum · Postfach 14 65

59306 Ennigerloh ·

Fax (0 25 24) 91 13 10

E-Mail:

georg.simon@bertelsmann.de

UiD

25 / 1998

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119, **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89, **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.